

Die programmatische und politische Bedeutung, beim Referendum „Nein“ zu sagen

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistans (KCK) hat als Ergebnis ihrer letzten Sitzung eine wichtige Erklärung veröffentlicht. In ihr wurde der programmatische Ansatz der KCK wie folgt formuliert: „Die Probleme im Mittleren Osten und der Welt stapeln sich Schicht für Schicht. Das 5000-jährige staatliche System und der Nationalstaat, als seine letzte Erscheinung, erleben eine tiefe Krise. Die kapitalistische Moderne vertieft die gesellschaftlichen Probleme noch weiter und führt die Menschheit geradezu in den Abgrund. An Orten, an denen die liberalen und sozialdemokratischen politischen Kräfte keine Lösungen für Probleme finden, ist die Tendenz hervorgetreten, mit militärischen Interventionen und rechten Regierungen vermeintliche Lösungen für die Probleme zu suchen. Doch es ist schiere Selbsttäuschung, sich zu erhoffen, dass dieselben gesellschaftlichen Kräfte, die für die Verursachung der Probleme verantwortlich sind, diese auch lösen werden können. Im Gegenteil, die gesellschaftlichen Probleme werden sich noch weiter vertiefen. Die einzige Kraft für die Lösung dieser Probleme sehen wir in der radikalen Demokratie und im demokratischen Sozialismus, wie ihn unser Vorsitzender [Abdullah Öcalan] durch seine Analyse der historischen Gesellschaft und der Gegenwart entwickelt hat. (...) Es bestehen heute gute Bedingungen dafür, dass das Verständnis der demokratischen Nation, wie ihn unser Vorsitzender als Gegenstück zum monistischen und staatszentrierten Verständnis der Nation entwickelt hat, und die demokratisch-sozialistische Organisierung der Gesellschaft unter dem Dach des Demokratischen Konföderalismus, als Teile eines alternativen Gesellschaftsmodells in naher Zukunft im Mittleren Osten und der gesamten Welt erfolgreich sein werden. In dieser Hinsicht werden in der kommenden Phase die dem Mittleren Osten und der ganzen Welt aufgezwungenen ethnischen und religiösen Konflikte mit dem Verständnis der demokratischen Nation zu einer Lösung herangeführt werden; gegen den globalen Kapital-

ismus, der die gesellschaftlichen Probleme vertieft, werden sich im Rahmen der demokratisch-sozialistischen Linie mit dem globalen Demokratiekampf große Errungenschaften erzielen lassen.“

In der Erklärung wird das politische Ziel auf Basis dieses Programms so zusammengefasst: „Unser Exekutivrat hat auf dieser Grundlage die vor uns liegenden Monate als Phase zur Befreiung des Vorsitzenden, der Demokratisierung der Türkei und zur Erlangung der demokratischen Autonomie Kurdistans bestimmt; deshalb rufen wir unsere gesamte Gesellschaft dazu auf, mit dem Monat Februar überall den Widerstand zu erhöhen.“

Der Weg zu diesem Ziel wiederum kommt mit folgenden Worten zur Sprache: „Der März wird mit dem Geist der freien Frau beginnen, um anschließend zum Newrozfest in einer Manifestation des Widerstandsgeistes in allen Städten, Ortschaften und Stadtteilen Kurdistans münden. Somit werden wir nicht nur unsere Geschichte der Volksaufstände gerecht werden, sondern dem Kolonialismus in Kurdistan einen großen Schlag versetzen.“

Die Serhildans [Volksaufstände], die sich im Frühling mit dem Guerillakampf auf der Linie von Mahsum Korkmaz treffen werden, werden die Macht der AKP und MHP erschüttern und Vorbote des Frühlings der Freiheit in der Türkei und in Kurdistan sein.“

Die kurdische Freiheitsbewegung hat diese Hauptlinie mit dem aktuellen politischen Widerstand so zusammengeführt: „Weil die AKP/MHP-Regierung ihre Angriffe gegen die Freiheitsbewegung und die Demokratiekräfte mit dem Präsidialsystem auf eine neue Ebene führen will, ist die klare Haltung und der Kampf hiergegen ebenfalls zu einer wichtigen Angelegenheit geworden.“

Deshalb wurde die Bedeutung darauf gelegt, den im Februar beginnenden Kampf gegen die auf einen Genozid gezielten Angriffe mit dem „Nein“ zum Referendum zusammenzuführen. Auf dieser Grundlage wird die Referendumsphase zu einem Demokratiekampf gebracht. Es wurde als ein bedeutender Teil

des Widerstandes für die kommende Phase gesehen, der AKP/MHP-Macht auch von dieser Seite einen Schlag zu versetzen.“

Die Erklärung der KCK hat diese einheitliche Widerstandslinie in der Türkei und in Nordkurdistan auf folgende Weise mit dem strategischen Ziel auf internationaler Ebene vereint: „Wenn wir als demokratische Kräfte gegen die faschistische Macht der AKP/MHP zusammenkommen, die nationale Einheit gewährleisten und mit allen demokratischen Kräften zusammen den Widerstand entwickeln, wird nicht nur das freie und demokratische Leben der Kurden verwirklicht werden, sondern die Grundlage für die Demokratisierung des Mittleren Ostens und der Freiheit aller Völker geschaffen werden.“

Die Zeit der Völker ist gekommen. Der von Seiten der kurdischen Gesellschaft, in Vorreiterrolle der Guerilla, seit Jahrzehnten geleistete Widerstand wird jede Art von Unterdrückung und Hindernis überwinden, die genozidale Kolonialisierung besiegen und das Erlangen eines politischen Status für ein freies und demokratisches Leben gewährleisten. Im Jahr 2017 wird es unweigerlich zu einem Sieg kommen. Der Wille unserer Freiheitsbewegung und der Freiheitswille unserer Gesellschaft wird den Slogan „Wir werden bestimmt gewinnen“ mit einem freien Kurdistan und demokratischen Mittleren Osten krönen.

Der Grund, für das Heranziehen dieser Auszüge der Erklärung ist darzulegen, dass die KCK sich nicht auf „aktuelle Entwicklungen“ begrenzt, sondern ihre Linie in einer systematischen Einheit formuliert. Denn dieser Ansatz ist wichtig. Insbesondere die größte Schwäche der legalen Bewegung Kurdistans ist, zwischen dem „aktuellen politischen Kampf“, der Programmatik, dem hierausgezogenen politische Ziel, der Widerstandsmethode und den internationalen Charakter dieser Linie eine systematische Verbindung aufzubauen. Diese Erklärung ist für all diejenigen, die sich an der „Nein“-Kampagne beteiligen von wichtiger Bedeutung.

(YÖP; 6.2., ISKU)

Meldungen:

Festnahmen in Essen

Der ehemalige Vorsitzende des Demokratischen Gesellschaftszentrums der KurdInnen in Essen, Metin D., wurde neben weiteren Personen am Donnerstag bei Großrazzien der Polizei festgenommen. Die Ehefrau berichtet, dass die Stürmung um 7:00 Uhr morgens geschehen sei. Sieben bis acht Polizisten seien mit Waffen ins Haus gestürmt, während ein 1,5-jähriges Kind sich im Haus befand. Dieses Vorgehen der Hausstürmungen kennt sie aus der Türkei, berichtet sie. Die Gründe für die Razzien wurden ihr nicht genannt, d.h. der Grund der Festnahme ist noch unklar. Metin D. ist Vorstandsmitglied im Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Essen und zudem Mitglied der Partei Die Linke im Ausländerrat. Diese Polizeioperation fällt verdächtig in die Zeit, in der Kanzlerin Merkel von ihrer Reise zurückkehrte. Am 2. Februar dieses Jahres besuchte sie die Türkei und Erdoğan.

(ANF; 9.2., ISKU)

Türkei entlässt weitere Beamte

In der Türkei sind am Dienstag weitere 4.464 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes entlassen worden. Betroffen sind vor allem Mitarbeiter des Bildungsministeriums, wie aus einem Dekret hervorgeht. Seit dem Putschversuch im vergangenen Juli wurden bereits mehr als 125.000 Staatsbedienstete suspendiert und rund 41.000 festgenommen, darunter Soldaten, Polizisten, Beamte der Steuerbehörden, Krankenschwestern und Hebammen.

(jW; 9.2., ISKU)

Türkei: »Tornado«-Daten für Krieg gegen Kurdistan

Die Türkei fordert von Deutschland vollen Zugang zu Aufklärungsergebnissen der Bundeswehr-»Tornados« in Incirlik und will diese Daten auch im Kampf gegen die kurdischen Kräfte in Syrien einsetzen. »Wir wissen, dass die Deutschen einen wichtigen Teil der Informationen, die sie während der Aufklärungsflüge erlangt haben, mit uns teilen«, sagte Vizeministerpräsident Numan Kurtulmus am Montag in Ankara. Er verlange aber, dass alle Informationen ausgetauscht würden. Kurtulmus sagte ausdrücklich, es gehe dabei nicht nur um Informationen zur dschihadistischen Terrormiliz »Islamischer Staat« (IS). Die Türkei fordere ebenso Aufklärungsergebnisse zu den kurdischen Selbst-

Türkische Syrienoperation in der Zwickmühle – Wie geht es weiter?

Nachdem die türkische Armee gemeinsam mit verschiedenen islamistischen Gruppierungen ab Mitte August 2016 in Syrien interveniert ist und binnen kürzester Zeit zahlreiche Orte vom sog. Islamischen Staat (IS) erobert hat, steht sie nun seit fast dreieinhalb Monaten vor der nordsyrischen Stadt al-Bab und kommt nicht voran. Al-Bab steht unter der Kontrolle des IS. Dasselbe galt auch für Dscharablus und weitere Städte, die allerdings ohne größere Gegenwehr des IS in die Hände der Türkei und ihrer Unterstützer gefallen sind. Es kursierten hartnäckige Gerüchte, wonach der IS mit Absprache diese Orte der türkischen Armee und den gemeinsam mit ihr kämpfenden islamistischen Kampfverbänden überlassen hat. Doch nicht so in al-Bab, wo der IS erstmals ernsthaften Widerstand gegen die türkische Armee leistet. Die türkischen Kampfverbände wiederum scheinen große Schwierigkeiten zu haben, der Gegenwehr des selbsternannten Kalifats standzuhalten. Bei den Kämpfen sollen allein bis zu zehn Leopard 2 Panzer der türkischen Armee aus deutscher Produktion zerstört worden sein. Die türkischen Angaben über die Opferzahlen in den eigenen Reihen während der Syrienintervention, die mit 56 beziffert werden, scheinen vor diesem Hintergrund mehr als fragwürdig.

Was die Situation in al-Bab noch brisanter macht, ist die Tatsache, dass südlich der Stadt die syrische Armee immer weiter vorrückt und den IS unter Druck setzt. Das bedeutet, die Stadt wird im Norden von der Türkei und im Süden von der syrischen Armee belagert. Die syrische Armee soll sich mittlerweile bis auf sechs Kilometer an den Stadtkern ange nähert haben. Was passieren wird, wenn diese Truppen direkt aufeinandertreffen ist unklar. Es gibt allerdings Spekulationen, wonach Russland die türkische Armee zum Rückzug drängen könnte, damit das Assad-Regime die Kontrolle in al-Bab übernimmt. Ursprünglich ist die Türkei in Syrien einmarschiert, um zu verhindern, dass es den Demokratischen Kräfte Syriens gelingt, eine Verbindungslinie zwischen den Kantonen Afrin und Kobanê freikämpfen und dadurch ein zusammenhängendes Gebiet unter ihre Kontrolle bringen. Der Beginn der türkischen Syrienoperation folgte nämlich kurze Zeit, nachdem die Demokratischen Kräfte Syriens die Stadt Minbic (Manbidsch) westlich von Kobanê vom IS befreit hatten. Und so kündigte die türkische Staatsführung zunächst noch breitspurig an, dass nach der Übernahme der Kontrolle in al-Bab das nächste Ziel der türkischen Armee Minbic sein werde. Doch davon spricht heute kaum jemand mehr.

Größer ist die Gefahr allerdings beim Kanton Afrin, das im Nordwesten Syriens liegt und weitgehend isoliert ist. In den späten Abendstunden des 06. Februars vermeldete die Nachrichtenagentur Hawarnews, dass die Dörfer Merenaz und Filan El-Qadi im Kanton Afrin durch das türkische Militär mit Raketen beschossen wurden. Es bleibt abzuwarten, ob es sich hierbei um einen Einzelfall handelt. Möglich scheint allerdings auch, dass die türkische Armee und ihre Verbündeten bei einem Rückzug von der al-Bab Front ihren Fokus auf Afrin lenken werden. Bereits jetzt werden größere Truppenverschiebungen an der türkisch-syrischen Grenze vermeldet. Zudem wurden in der Türkei schon mit Beginn der Schutzschild Euphrat Operation Stimmen laut, die ein zusammenhängendes Gebiet von Dscharablus bis einschließlich Afrin unter türkischer Kontrolle sehen wollen. Afrin ist der westlichste Kanton der Föderation Nordsyrien/Rojava und wird von den kurdischen Einheiten der YPG und YPJ verteidigt. Schwierig ist die Lage in Afrin deshalb, weil der Kanton nördlich an die Türkei grenzt und die anderen umliegenden Gebiete entweder durch die syrische Armee oder dschihadistische Gruppierungen kontrolliert werden. (CA, 7.2., ISKU)

verteidigungskräften (PYD), die Ankara als syrischen Ableger der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK betrachtet. Türkische Truppen kämpfen in Nordsyrien vorgeblich gegen den IS, aber auch gegen die säkular und basisdemokratisch orientierte PYD. Diese zählt zu den erbittertesten Gegnern des IS.

(jW, 7.2., ISKU)

Europaweite Demonstrationen für Abdullah Öcalan

Bundesweit gehen in diesen Tagen Kurden auf die Straße, um für die Freiheit des seit 18 Jahren in der Türkei inhaftierten Vorsitzenden der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie die Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes zu demonstrieren. In zehn deutschen Städten und Regionen, darunter Berlin, Hamburg, Bayern und dem Ruhrgebiet, fanden Ende vergangener Woche dreitägige »lange Märsche« oder »Friedenswanderungen« statt, um auf das Schicksal Abdullah Öcalans hinzuweisen.

Auch in europäischen Nachbarländern gibt es derzeit Protestaktionen, die am 11. Februar in einer europaweiten Protestkundgebung im französischen Strasbourg gipfeln werden. An einem Marsch, der vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg begann und bis zur Strasbourger Kundgebung fortgesetzt wird, beteiligen sich auch Dutzende Internationalisten, unter anderem aus Brasilien, Argentinien und dem Baskenland.

Der bundesweite Dachverband Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen NavDem als Organisator der Proteste ruft gemeinsam mit anderen linken und säkularen Verbänden türkeistämmiger Migranten zu einer Nein- bzw. türkisch Hayir-Kampagne auf. Gemeint ist, dass in Deutschland lebende türkische Staatsbürger beim Referendum über die Einführung des Präsidentschaftsregimes im April mit Nein stimmen sollen.

(jW, 6.2., ISKU)

Tödliche Umarmung: Die US-Strategie in Rojava

In einem Strategiepapier des »Washington Institute for Near East Policy« (WINEP) wird ein mögliches Vorgehen der US-Politik in Bezug auf Rojava umrissen. Die von dem Neokonservativen Patrick Clawson – der Bekanntheit erlangte, weil er öffentlich vorschlug, den Iran durch »verdeckte Operationen« zu einem Krieg zu provozieren – herausgegebene Textsammlung („Policy Focus 150: Syrian Kurds as a U.S. Ally“) betont explizit, dass die dortigen Vorschläge mit Donald Trumps »Erklärungen zu seinen Zielen kompatibel sind« und das von Obama Begonnene »fortsetzen«, wenn sie es auch »bis zum Äußersten forcieren«. Clawsons Vorschlag und der seiner Koautoren ist folgender: Durch enge Kooperation mit den syrischen Kurden soll die PYD von ihrer Schwesterpartei PKK, die gegen das diktatorische Erdogan-Regime kämpft, »vollständig abgetrennt werden«. Damit würden die syrischen Kurden ihrer ideologischen Grundlage als einer gesamt-kurdischen Befreiungsbewegung beraubt, und man könn-

te am Ende eine von den USA abhängige Proxy-Regierung wie in der Kurdischen Autonomieregion im Nordirak schaffen. »Der Trick wird sein, die syrischen Kurden von der Arbeiterpartei Kurdistans zu entfernen, und damit die Türkei zu einer Tolerierung oder sogar Allianz mit einem ihr freundlich gesinnten kurdisch-kontrollierten Territorium an ihrer Grenze zu bewegen.« Einer der Autoren, Soner Cagaptay, schlägt zu diesem Behelf vor, dass die »USA Ankara dabei unterstützen sollten, die PKK militärisch zu schwächen«, denn nur dann würde Erdogan, der zur Sicherung nationalistischer Stimmen für sein Projekt einer Präsidentschaftsdiktatur Härte zeigen muss, neuen Friedensverhandlungen zustimmen. Diese aber könne man nutzen, um die »PKK politisch zu vernichten«. Damit wäre, so der Leiter des »Turkish Research Program« beim WINEP, der Weg frei für eine Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen PYD und Türkei. Die von Clawson und Co. formulierten Strategien spiegeln

sicher einen Teil der Überlegungen sowohl der Obama- wie der Trump-Administration wider. Anthony Blinken, Vizeaußenminister unter Obama, griff sie kürzlich exakt in der gleichen Formulierung in einem Artikel für die New York Times auf: Trump solle die Kurden Syriens gegen den IS bewaffnen und zugleich »die Unterstützung für den Kampf der Türkei gegen die PKK verdoppeln – auch dafür, die Führungsriege der Gruppe in den Kandilbergen ausfindig zu machen.«

Für das politische Projekt einer Demokratischen Autonomie, das die kurdische Befreiungsbewegung in der gesamten Region verfolgt, ist die Kooperation mit den USA deshalb – wenn auch derzeit militärisch überlebensnotwendig – gefährlich. Um einen Teil dieser Gefahr abzuwenden, könnten YPG und PYD einen taktischen Zug nutzen, den Clawson und seine Mitautoren als große Gefahr wahrnehmen: ihre Beziehungen zu Russland stärken.

(jW, 6.2., ISKU)

Quellen:

ANF Firat Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
jW junge Welt

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org

bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org